

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/048(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 11.09.2018	Hansesaal	16:30 Uhr	18:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.08.2018
- 4 Schulung von Migranten
BE: FB 40
- 5 Sachstand Optimierung von Schulbezirken
BE: FB 40
- 6 Sachstand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen und Schulhöfen
BE: FB 40, KGm
- 7 Aktivitäten im Sportbereich
BE: FB 40

- | | | |
|------|---|-----------|
| 8 | Beschlussvorlagen | |
| 8.1 | Erweiterungsbau der Grundschule "Am Brückfeld", Friedrich-Ebert-Straße 51 in 39114 Magdeburg, Bestätigung der EW-Bau
BE: Kgm | DS0303/18 |
| 8.2 | Grundsatzbeschluss Entwicklung Naherholungszentrum Barleber See I und Teilnahme am Projektauftrag 2018 Bundesprogramm | DS0404/18 |
| 9 | Sachstandsbericht zur Sporthalle bei TuS | |
| 10 | Sachstandsbericht Änderung Schullaufbahnerklärung | |
| 11 | Anträge | |
| 11.1 | Gewalt an Schulen und Horten | A0071/18 |
| 11.2 | Gewalt an Schulen und Horten
BE: FB 40 | S0198/18 |
| 12 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzender

Bernd Heynemann

Mitglieder des Gremiums

Carola Schumann

Christian Hausmann

Günther Kräuter

Hans-Joachim Mewes

Oliver Müller

Jürgen Canehl

Sachkundige Einwohner/innen

Anke Jäger

Dr. Joachim Köhler

Dr. Frank Thiel

Geschäftsführung

Cornelia Lärm

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Gunter Schindehütte

 Öffentliche Sitzung

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Stadträte, den Beigeordneten, die Amtsleitung des Fachbereiches Schule und Sport, die Verwaltung, den Stadtelternrat, den Behindertenbeauftragten, die Kinderbeauftragte und die sachkundigen Einwohner. Er stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 Stadträten, später mit 7 Stadträten (Herr Hausmann erscheint zum TOP 5), am Ende wieder 6 Stadträten (Frau Schumann verlässt die Sitzung zum TOP 12) fest.

 2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit **6:0:0 Stimmen** beschlossen.

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.08.2018

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, erkundigt sich nach dem Sachstand zur Änderung der Schullaufbahnerklärung S. 3 der NS. Frau Richter verweist hierzu auf Pkt. 10 der Tagesordnung.

Weiter fragt der **Vorsitzende, Stadtrat Heynemann**, nach der Schuljahresanfangsstatistik zur Thematik Beschulung von Migranten. **Frau Richter** informiert hierzu, dass die Schuljahresanfangsstatistik aktuell erstellt wird. Die abgestimmten Zahlen werden diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, stellt fest, dass die Synopse als Datei dem Protokoll beigefügt gewesen sei.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, informiert über den verschobenen Termin der gemeinsamen Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss. Neuer Termin ist der 29.11.2018.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, hat eine Ergänzung zur letzten Sitzung. Hier war ein Stadtrat anwesend, der nicht Mitglied des Ausschusses ist und zu einem nicht von ihm eingebrachten Antrag geredet hat. Die Verwaltung hat dies jetzt rechtlich geprüft, mit dem Ergebnis, dass es kein Rederecht gegeben hat.

Stadtrat Hausmann hat schriftlich um folgende Änderung zu Punkt 11.1 der NS vom 18.08.2018 gebeten:

„Stadtrat Hausmann ist der Ansicht, die ersten Bemühungen des Landes, dass ab dem WS 2018/19 in den Fächern Ma/Phy an Sek. und Gymn. wieder Lehrer ausgebildet werden, anzuerkennen. Das Grundproblem besteht darin, dass die vom Land beschlossene Hochschulstrukturplanung für die Jahre 2015-2025 gilt, nach der Ingenieurwissenschaften als Forschungsschwerpunkt der OVGU und die Lehrerausbildung in Halle festgelegt wurde. Eine Rückabwicklung dieses Strukturplans ist wenn überhaupt nur unter Harmonisierung beider Universitäten zu erreichen, was ein langer Prozess sein wird.“

Die so geänderte Niederschrift vom 14.08.2018 wird mit 5:0:1 Stimmen beschlossen.

4. Beschulung von Migranten

Frau Richter bittet darum, die abgestimmten Zahlen diesem Protokoll beizufügen.

5. Sachstand Optimierung von Schulbezirken

Frau Richter informiert über ein gestern geführtes Gespräch zum Optimierungsverfahren mit dem LSchA auf Arbeitsebene. Das LSchA sieht die Probleme der Stadt mit steigenden Schülerzahlen und erkennt die Bemühungen, mit Optimierungsverfahren und Beschlüssen zu Kapazitätserweiterungen darauf zu reagieren, an. Dabei sieht das LSchA allerdings sich ständig verändernde Schulbezirke durch Optimierungsverfahren als Problem an. Indiz hierfür sei eine steigende Zahl von Ausnahmeanträgen (SJ 2018/19 289, SJ 2017/18 202, SJ 16/17 137). Es wurde die Zeitschiene weiterer Gespräche abgestimmt und dabei vorgeschlagen, dass mit den neu gewählten Bildungsexperten des neuen Stadtrates im Juni 2019 gemeinsam mit Stadt, Stadtelternrat, LSchA weitere Gespräche geführt werden.

Für das Schuljahr 2020/21 muss allerdings nochmals ein Optimierungsverfahren auf den Weg gebracht werden, da die Eltern im März 2019 wissen müssen, welche Schule ihre Kinder besuchen. Eine entsprechende DS wird hierzu vorbereitet. Das trägt das LSchA so mit.

Die Stadträte Canehl, Mewes und Heynemann sind grundsätzlich mit dem Vorschlag einverstanden, verweisen aber darauf, dass der Juni zu optimistisch ist, da der neu gewählte Stadtrat zunächst arbeitsfähig werden muss. Fraglich ist, ob eine Entscheidung erst im August ein Problem darstellt.

Der Beigeordnete, Prof. Dr. Puhle, gibt zu bedenken, dass eine Entscheidung vom „alten Stadtrat“ politisch schwer umzusetzen ist. Für eine langfristige Regelung zu den Schulbezirken 2021/22 ff. sollte daher mit Beginn der neuen Legislaturperiode der neue Stadtrat entscheiden. Er merkt weiter an, dass mit dem Landesschulamt hierzu ein Einvernehmen für die folgenden Schuljahre erreicht werden muss. Er schlägt vor, dass in der Oktobersitzung das Optimierungsverfahren für die Jahre 20/21 beschossen wird. Ab dem Jahr 2021/22 entscheidet dann der neue Stadtrat darüber.

6. Sachstand Umsetzung Neubau und Sanierung von Schulen und Schulhöfen

Herr Overmann, KGM, erläutert den aktuellen Stand:

Neubau Förderschule Roggengrund

Maßnahme im Zeitplan. Fertigstellung Oktober 2019 geplant,
Rohbau im Oktober 2018 fertig. Keine Änderungen, läuft wie vorgesehen.

Neubau GS Kobeltstraße

DS EW Bau am 16.10.18 im BSS, 01.11.18 im SR
Es findet keine Vergabe an Generalunternehmer statt.

Stadtrat Canehl findet diese Entscheidung falsch. Laut Oberbürgermeister kann ein GU beauftragt werden, wenn es sich um eine Maßnahme ohne Fördermittel handelt. Ohne GU entstehen höhere Kosten und längere Bauzeiten.

Erweiterung GS Brückfeld

DS EW-Bau BSS 11.09.18, SR 20.09.18 – läuft wie vorgesehen.

B.-Brecht-Str. 9

Leistungen in Vergabe bzw. beauftragt (Dach, Fenster, HLS, Elektro). Ab 35. KW wird Rüstung gestellt etc., GISE nicht einsetzbar. Fertigstellung Dez. 2018. Umzug Februar 2019 (Winterferien). – läuft wie vorgesehen -

Stadtrat Canehl fragt hierzu, ob die Grundsatzdrucksache für die Generalsanierung der Grundschule vorbereitet wird.

Frau Richter informiert, dass ein Grundsatzbeschluss bis Ende des Jahres dem Stadtrat vorgelegt wird. Sie weist aber auch daraufhin, dass die Sanierung nicht zeitnah erfolgen kann, da gegenwärtig keine Ausweichobjekte zur Verfügung stehen.

Stadträtin Schumann möchte zur GmS Ernst Wille wissen, was mit dem sich an der Fassade befindlichen Kunstwerk passiert. **Herr Overmann Eb KGM** wird den Aspekt klären und informiert in der nächsten Sitzung darüber.

GS Ottersleben - Anbau

VG Verfahren läuft. Ab Oktober Bieterverhandlungen. – läuft wie vorgesehen –

STARK III (GS Diesdorf, Sek. Wille, BbS H.-Beims, Editha-Gymn.)

Fördermittelbescheide vorliegend. Ist im Plan, die Baugenehmigungen fehlen noch.

Vorbereitende Maßnahmen ab Ende 2018

Ende 2020 ist die Fertigstellung der Baumaßnahmen vorgesehen.

Antragsunterlagen für GmS Goethe und GS Fliederhof liegen bei der IB.

SchulhofsanierungGS „Vogelgesang“

Gesamtkosten: 450 Tsd. €. Baustart im Juni 2018 erfolgt.

Abschluss der Baumaßnahme im Oktober 2018.

Umsetzung erfolgt in abgestimmten Bauabschnitten.

Stadtrat Mewes hinterfragt hierzu, wie die Bepflanzung des Schulhofes geplant ist und ob sie Bestandteil der Ausschreibung ist. Nach seinen Informationen wird der Kostenrahmen für die Maßnahme gesprengt. **Herr Overmann Eb KGM** erläutert, dass der Kostenrahmen keinesfalls gesprengt wird und dass auch die Schulleiter in die Planungen mit einbezogen werden.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, bittet Herrn Overmann, Eb KGM, in der nächsten Sitzung um einen kurzen Bericht über die Vorschläge des Schulleiters zur Umsetzung der Maßnahme.

GS „Sudenburg“

Gesamtkosten: 200 Tsd. €. Baustart: Juli 2018 erfolgt. Fertigstellung Oktober 2018 avisiert.

GS „Klosterwuhne“

Mittel über Stadtumbau-Ost, Soziale Stadt, bereitgestellt (bis auf 10 Tsd. EUR für Planung):

2017 – 10 Tsd. € Planung (Eigenmittel)

2018 – 60 Tsd. € Planung/Ausführung bewilligt

2019 – 224,4 Tsd. € Planung/Ausführung bewilligt

2019 – 165 Tsd. € Planung/Ausführung beantragt

2020 – 100 Tsd. € Feuerwehrzufahrt/Aufstellfläche, wird beantragt. Für die Maßnahme

Insgesamt soll eine Drucksache für den Stadtrat erarbeitet werden (>500,0).

Grundstücksbegrenzung ist ausgeschrieben. – läuft wie vorgesehen -

Neue Überplanungen – laufen wie vorgesehen -

GS Hegelstr. 22

GS Pechauer Platz

Sportgymnasium

Regenbogenschule (Containeranbau)

Bauantrag wurde am 18.01.18 eingereicht.

Rohbau (Fundament) Baustart Sept. 2018

Angebote Container liegen vor. Prüfung RPA.

Fundament wurde am 10.09.2018 erstellt. Die Baustelle ist eröffnet.

GS Westerhüsen

DS für Erweiterung/Sanierung im BSS am 14.08.18. SN durch KGm. Kostenrahmen 5 Mio.€.

200 m² Mehrbedarf aufgrund ½ Zügigkeit mehr laut DS. Darüber hinaus wurde die Studie auf Basis von AUR 56 m², jetzt ist Grundlage 62,5 m² erstellt. Ein Mehrbedarf von mindestens 500 Tsd. € wird erwartet.

14. MDCC-Arena

Maßnahme für Saisonstart 2018 fertiggestellt. Ausführungsplanung/LV für 2018 in Arbeit.

7. Aktivitäten im Sportbereich

Frau Richter informiert, dass hauptsächlich am Thema Barleber See gearbeitet wird.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, fragt nach dem Verlauf des Down-Sport-Festivals.

Frau Richter informiert, dass Herr Willms anwesend war und dass es wieder eine sehr erfolgreiche Veranstaltung war und alles gut verlaufen ist.

Stadtrat Kräuter fragt nach, ob die Mittel, die den Kanuten für 2018 in Aussicht gestellt wurden, zur Verfügung stehen. **Frau Richter** informiert hierzu, dass mit dem Olympiastützpunkt abgestimmt ist, dass die Mittel für Sportgeräte in diesem Jahr an die Kanuten für neue Boote ausgereicht werden.

8. Beschlussvorlagen

- 8.1. Erweiterungsbau der Grundschule "Am Brückfeld", Friedrich-Ebert-Straße 51 in 39114 Magdeburg, Bestätigung der EW-Bau
Vorlage: DS0303/18
-

Frau Gerber vom EB KGm führt in die Drucksache ein. Sie führt aus, dass die Vorplanung optimiert ist und mit den Nutzern, der Schule, dem Hort und FB 40 abgestimmt ist. Die Verwaltung/Schulleitung der Schule wird zur Erreichung und zur Verkürzung der Wege als Anlaufpunkt in den oberen Klassenräumen untergebracht. Die Horträume wurden optimiert. In der Kubatur bzw. Raumaufteilung gibt es keine Änderungen. Die Abstimmung mit der Feuerwehr ist erfolgt. Die Baukosten i. H. v. 7,72 Mio. EUR können bestätigt werden.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, erkundigt sich nach dem Stand des vom Ministerpräsidenten avisierten Förderprogramms.

Der Beigeordnete, Prof. Puhle, informiert über ein Schreiben des Ministerpräsidenten an den Oberbürgermeister. Ein entsprechendes Förderprogramm wird derzeit in den Ressorts und im Rahmen der Haushaltsdebatten im Land geprüft.

Frau Gerber vom EB KGm informiert weiter, dass der Bauantrag noch im Jahr 2018 gestellt wird. Mit dem Abriss des Heizhauses und der Umverlegung der Medien soll 2019 begonnen werden.

Die Drucksache DS0303/18 wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

8.2. Grundsatzbeschluss Entwicklung Naherholungszentrum
Barleber See I und Teilnahme am Projektauftrag 2018
Bundesprogramm
Vorlage: DS0404/18

Frau Richter führt in die Drucksache ein. Nach dem Motto „unverhofft kommt oft“ erreichte am 18.08.2018 die Verwaltung ein Projektauftrag des Deutschen Städtetages für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“. Als förderfähige Maßnahmen wurden hierin erstmalig auch „Freibäder mit besonderem Instandsetzungsrückstand“ erwähnt. Bis zum 24.08.2018 wurde eine Stellungnahme vom Land eingeholt. Bis zum 31.08.2018 musste die Interessenbekundung beim Bund erfolgen. Bis spätestens 20.09.2018 ist der Beschluss des Stadtrates dem Antrag nachzureichen. Es besteht die Möglichkeit einer 45%igen Förderung vom Bund und evtl. eine zusätzliche Förderung vom Land. Am 15.10.2018 wird eine Jury hierzu entscheiden. Wenn das Projekt gefördert wird, muss der Antrag bis zum 15.11.2018 gestellt werden. Derzeit läuft noch die Vorbereitung der Restaurierungsmaßnahme zur Verbesserung der Wasserqualität. Kostenschätzung und Genehmigungsplanung werden dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

Stadtrat Hausmann macht deutlich, dass er es sehr positiv findet, dass das Bundesprogramm nun auch die Freibäder in die Förderung einschließt. Bisher war nur die Förderung von Turnhallen möglich. Er unterstreicht, dass die Chance unbedingt genutzt werden sollte und hofft, dass es der Stadt auch gelingen mag.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, macht darauf aufmerksam, dass die notwendigen Eigenmittel für die Maßnahme entsprechend S. 2 der Drucksache im Haushalt der LHMD berücksichtigt werden müssen.

Frau Richter erläutert hierzu, dass, sollte sich die Jury für die Förderung der Maßnahme entscheiden, die Mittel auf der Veränderungsliste zum Haushalt beantragt werden. Der Hauptanteil der Baumaßnahme ist erst 2020/21, so dass auch die Mittel aus dem Jahr 2018 als Haushaltsreste für die Planung in 2019 verwendet werden können.

Stadtrat Canehl fragt, ob das Antragskonzept evtl. im Nachgang noch ergänzt oder geändert werden kann? Er gibt zu bedenken, dass die Verkehrsanbindung unbedingt berücksichtigt werden muss. Die Verkehrsanbindung ist aktuell noch unzufriedenstellend.

Frau Richter führt hierzu aus, dass es eine Variantenuntersuchung gibt mit Gesamtkosten von 2,67 Mio. EUR. Eine Zuführung von Straßen und Wegen ist dabei nicht berücksichtigt. In der Maßnahme sind Gebäude, Parkplätze und die Landschaftsgestaltung enthalten.

Stadtrat Müller unterstützt die Frage von **Stadtrat Canehl** und findet die Verkehrsanbindung ebenfalls suboptimal. Der Anschluss an den ÖPNV muss berücksichtigt werden.

Stadtrat Hausmann ergänzt, dass auch die Anschlusssituation des Schiffshebewerks an den ÖPNV im Verwaltungsrat angesprochen werden sollte.

Die Drucksache DS0404/18 wird mit **7:0:0 Stimmen** empfohlen.

9. Sachstandsbericht zur Sporthalle bei TuS

Frau Richter informiert, dass es zwischenzeitlich eine Antwort auf das Schreiben des Fördervereins von TuS vom Oberbürgermeister gibt. Darin wird darauf hingewiesen, dass der Bau der Sporthalle auf dem Gelände bei TuS in den weiteren Planungen geprüft wird.

Stadtrat Mewes fragt, ob hierzu eine Änderung der Beschlusslage erforderlich ist.

Frau Richter bittet das Ergebnis der Planung zunächst abzuwarten, da der Platz bei den 3 Schulen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht für eine weitere Sporthalle reichen wird und damit die Variante bei TuS sowieso geprüft werden muss. Die Verwaltung nimmt die Prüfung des Standortes TuS als Auftrag aus dem Ausschuss mit in die Planungsgespräche.

Sachstandsbericht Änderung Schullaufbahnerklärung

10.

Frau Richter informiert, dass das Bildungsministerium die Änderungswünsche zur Schullaufbahnpflicht bereits zum Städte- und Gemeindebund zur Stellungnahme gegeben hat. Es ist zwar immer noch ein nicht einfaches Formular, aber gemeinsam mit Frau Kirstein und Herrn Liebe vom Stadtelternrat hat der FB 40 den modifizierten Vorschlag des Landes durchgesprochen und eine nochmalige Bitte um Änderung angezeigt. **Frau Kierstein und Herr Liebe** bestätigen das.

11. Anträge

11.1. Gewalt an Schulen und Horten
Vorlage: A0071/18

Stadtrat Müller führt als Antragsteller kurz aus, dass die Stellungnahme der Verwaltung und der heutige Artikel in der Volksstimme zum Thema Gewalt an Schulen und Horten die Notwendigkeit des Antrages und die Diskussion über Handlungsstrategien unterstreicht.

Herr Sengstock bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein, weist daraufhin, dass es weder in der Stadt noch im LSchA konkrete Daten gibt. Er verweist dann insbesondere auf statistische Angaben des Jugendkriminalitätsberichtes des LKS für S/A und für Magdeburg und erläutert Beispielzahlen. Besonders auffällig ist, dass die Zahl der Jungstraftäter bis 14 Jahre im Vergleich von 2016 zu 2017 in allen Bereichen gestiegen ist.

Stadtrat Kräuter ist der Meinung, dass die Rangeleien in den Schulen in ihrer Intensität im Vergleich zu früher immer mehr zunehmen. Die Position der Lehrer wird immer schwieriger und bedenklicher.

Stadträtin Schumann stimmt den Ausführungen teilweise zu. Da sie selber Lehrerin ist, kann sie gut beurteilen, wie die Situation an Schulen ist. Der Schutz der Kinder steht aber immer im Vordergrund. Die entsprechenden Maßnahmen auszuschöpfen, sei Aufgabe der Schule, auch muss das Elternhaus mit der Schule eng zusammenarbeiten. Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass die Schüler Platz brauchen. Auch macht sie darauf aufmerksam, dass es einen starken Personalmangel gibt. Es sind zu wenig Lehrer und Schulsozialarbeiter tätig. Hierfür muss entsprechend Geld in die Hand genommen werden.

Stadtrat Müller hält die Thematik ebenfalls für sehr komplex. Ein erster Schritt ist die vorliegende Stellungnahme. Fraglich ist, was es für Strategien und Lösungen hierzu gibt. Die Schulen müssen sich selbstkritischer sehen, Pädagogen sich offen darstellen und die Vorfälle melden. Ein Problem sei auch das Thema Mobbing untereinander bzw. auch gegenüber den Pädagogen. Sein Vorschlag hierzu ist, die Sitzung mit dem Juhi entsprechend gut vorzubereiten.

Beigeordneter, Prof. Puhle, stimmt den Ausführungen des Stadtrats Müller ebenfalls zu. Er hält fest, dass zu der Thematik noch zu wenig bekannt ist. Für ihn stellt sich die Frage, warum die Kriminalität von unter 14jährigen zunimmt. Schulträger, Schule und das Land müssen eng zusammenarbeiten. Evtl. sind die Schulen hier noch nicht genügend sensibilisiert.

Stadtrat Canehl schließt sich der Meinung von **Stadträtin Schumann** an. In seinen Augen sollte es richtig und zeitgemäß sein, Freiflächen offen und großzügig zu gestalten. Das Argument Geld zu sparen, sei hierbei nicht richtig.

Beigeordneter, Prof. Puhle meint hierzu, dass diese Thematik nicht nur mit größeren Schulhöfen zu realisieren sei.

Die Kinderbeauftragte, Frau Thäger, unterstützt den angesetzten Beratungstermin gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss. Das Thema Mobbing war im Gespräch mit dem STSR sehr belastend in der Diskussion, die Schüler waren hier sehr offen und sollten unbedingt einbezogen werden. Schulsozialarbeit muss weiter gefördert werden.

Herr Dr. Thiel, sachkundiger Einwohner, ist verblüfft über den Artikel in der VST. Die Überschrift „Tatort Schule“ hält er für sehr bedenklich. Das führt zu einer Pauschalisierung. Für eine gezielte Prävention müssen Landesschulamt, Schule, Eltern und Stadtverwaltung kooperieren.

Herr Liebe, STER, möchte auch keine Pauschalierungen. In den Schulen sind Mechanismen zur Lösung von Gewaltproblemen vorhanden und werden auch genutzt. Schulen und Lehrer sind bemüht, dem entgegenzutreten. Die Schulen benötigen entsprechenden Freiraum zum Arbeiten und Unterstützung.

Stadtrat Mewes hält den Antrag für enorm wichtig. Gleichfalls macht er deutlich, dass ihm der Artikel in der VST ebenfalls nicht gefallen hat.

Herr Dr. Köhler, sachkundiger Einwohner, sieht die Probleme in der gesellschaftlichen Wahrnehmung des Lehrerberufes oder auch der Polizei. Respekt und Anstand sind verloren gegangen.

Der Vorsitzende, Stadtrat Heynemann, schlägt vor, dass mit dem Jugendhilfeausschuss darüber zu beraten ist, wie bspw. mit einer Fachtagung (vergleichbar mit der letzten Schulkonferenz) in einem größeren Kreis und vor allem auch mit Betroffenen (Schüler-, Eltern-, Lehrervertreter) über die Thematik diskutiert werden kann. Eine genaue Vorbereitung hierzu ist notwendig. Das Thema sollte auf der gemeinsamen Sitzung ausführlich besprochen werden.

Stadtrat Müller ist erfreut über den Vorschlag **des Vorsitzenden** und nimmt den Antrag von der Tagesordnung, um ihn auf die gemeinsame Sitzung BSS/Juhi am 29.11.2018 wieder aufzurufen.

11.2. Gewalt an Schulen und Horten
Vorlage: S0198/18

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

12. Verschiedenes

Der Vorsitzende nennt den Termin 20.11.2018, 16.30 Uhr zur nächsten Sitzung. Der Beirat der Volkshochschule tagt davor um 15.30 Uhr
Des Weiteren liegen allen Stadträten die Termine für die Ausschusssitzungen im Jahr 2019 vor. Es wird festgelegt: Am 05.02.2019 findet der Ausschuss in der Universität statt und am 07.05.2019 im Sportgymnasium.

Stadtrat Canehl erkundigt sich hinsichtlich des Terminplanes für 2019 nach der erfolgten Abstimmung mit anderen Bereichen, da der Dienstag ein beliebter Tagungstag sei. **Der Vorsitzende** verweist hierzu auf den letzten Satz im Terminplan BSS 2019.

Stadträtin Schumann hatte zuvor zu TOP 12 einen Fragenkatalog bezüglich der Verfahrensweise mit Bussen, die zum Schwimmunterricht fahren, abgegeben und darum gebeten, die Beantwortung der Fragen der Niederschrift beizufügen

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Bernd Heynemann
Vorsitzender

Cornelia Lärm
Schriftführerin